

Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe Projekthistorie

2002

- Stadt Hamburg stellt beim Bundesverkehrsministerium den Antrag auf eine weitere Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe

2003

- Durchführung einer Machbarkeitsuntersuchung (ökologische Risikostudie, Auswirkungsanalyse Deichsicherheit, Nutzen-Kosten-Untersuchung)

2004

- Uneingeschränkter Planungsauftrag für die Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe durch die Bundesregierung; Vorbereitung des Planfeststellungsantrages (technische Planung, Umweltuntersuchungen)

2006

- September 2006: Beantragung des Planfeststellungsverfahrens auf der Grundlage des Bundeswasserstraßengesetzes

2007

- März bis April 2007: Öffentliche Auslegung der Planunterlagen

2008

- September 2008: Einreichung und öffentliche Auslegung 1. Planänderung

2009

- Dezember 2009: Einreichung 2. Planänderung
- April bis Juni 2009: Erörterungstermine des Planfeststellungsverfahrens

2010

- Januar bis Februar 2010: Öffentliche Auslegung 2. Planänderung
- Mai 2010: Einreichung und öffentliche Auslegung 3. Planänderung

2011

- Januar 2011: Einreichung der Planunterlagen zur Fahrrinnenanpassung der Elbe bei der EU-Kommission
- Dezember 2011: EU-Kommission gibt positive Stellungnahme ab

2012

- April 2012: **Planfeststellungsbeschlüsse**
- Juli 2012: Umweltschutzverbände, Städte und Kommunen sowie Einzelpersonen und andere Verbände reichen 13 Klagen beim Bundesverwaltungsgericht gegen den Planfeststellungsbeschluss ein.

2013

- Juli 2013: Bundesverwaltungsgericht setzt das Verfahren für die Weservertiefung aus. Es wendet sich an den Europäischen Gerichtshof (EuGH), um zu klären, ob die Weservertiefung mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie ([WRRL](#)) vereinbar ist.
- August 2013: Hamburg und Bund veröffentlichen im Zuge eines **1. Planergänzungsantrags** eine „Ergänzung des Fachbeitrags zur WRRL – Vorsorgliche Bewertung der Auswirkungen des Vorhabens“.
- September 2013: Stellungnahme der Umweltverbände zum 1. Planergänzungsantrag
- Oktober 2013: **1. Ergänzungsbeschluss zum Planfeststellungsbeschluss**

2014

- Juli 2014: Eröffnung der Verhandlung über die Klagen der Umweltverbände gegen die Fahrrinnenanpassung.
- Oktober 2014: Bundesverwaltungsgericht verkündet das Ergebnis seiner Beratungen und setzt die Verhandlungen aus, bis der EuGH zu einem Ergebnis hinsichtlich der Weservertiefung gekommen ist.

2015

- Erarbeitung des 2. Planergänzungsantrags durch die Träger des Vorhabens (Hamburg Port Authority und Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Hamburg)

2016

- März 2016: **2. Ergänzungsbeschluss zum Planfeststellungsbeschluss**
- Juni 2016: Die klagenden Verbände BUND und NABU mit Unterstützung des WWF reichen ihre Stellungnahme zum Planergänzungsbeschluss beim Bundesverwaltungsgericht ein.
- Dezember 2016: Erneute mündliche Verhandlung am Bundesverwaltungsgericht zur geplanten Fahrrinnenanpassung

2017

- Februar 2017: **Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts** über die geplante Fahrrinnenanpassung. Keine Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses, aber Mängel zu beseitigen.
- November / Dezember 2017: Letzte Klagen von Gemeinden, Verbänden und Privatpersonen werden abgewiesen

2018

- März 2018: Öffentliche Auslegung und Versand Planergänzungsunterlagen
- August 2018: **3. Ergänzungsbeschluss zum Planfeststellungsbeschluss**

Weitere Dokumente, Fachbeiträge, Berichte, Stellungnahmen etc. finden Sie auf der [Website der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt](#)